



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Öffentlichkeit

Kohler, Georg

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-50774>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Kohler, Georg (2011). Öffentlichkeit. In: Kolmer, P; Wildfeuer, A G. Neues Handbuch philosophischer Grundbegriffe. Freiburg: Karl Alber Verlag, 1663-1675.

¹⁴ L. W. Sumner 1996 (Lit.), 38.

¹⁵ Ebd., 38.

¹⁶ M. C. Nussbaum 1999 (Lit.).

¹⁷ G. E. Moore 1996 (Lit.).

¹⁸ J. Griffin 1986 (Lit.), 54, 70 f.

¹⁹ Vgl. ebd., 50–60 u. W. L. Sumner 1996 (Lit.), 45–80.

²⁰ Ebd., 78 ff.

²¹ J. Griffin 1986 (Lit.), 52, 71 ff.; B. Gesang 2003 (Lit.), 102 f.

²² Eine triviale Ausnahme nennt GOSLING: Auch der psychologische Hedonist meint nicht, dass unfreie Taten oder solche, die auf Irrtümern basieren, um des Glückes willen erfolgen, höchstens um des vermeintlichen Glückes willen. Vgl. J. C. Gosling 1969 (Lit.), 7.

²³ Einen kollektiven massiven Irrtum einmal ausgeschlossen.

²⁴ J. Bentham 1970 (Lit.), 1.II–III.

²⁵ Ebd., 4.V; u. U. Gähde 1992 (Lit.), 92.

²⁶ J. Bentham 1970 (Lit.), 1.X.

²⁷ BENTHAM macht das Nutzenprinzip zum Maßstab der Begriffe »richtig«, »sollen« usw. Versteht man sie anders, so sind sie sinnlos. Vgl. J. Bentham 1970 (Lit.), 67.

²⁸ J. H. Burton zit. n. R. W. Trapp 1992 (Lit.), 250.

²⁹ Ebd.

³⁰ J. S. Mill 1991 (Lit.), 28.

³¹ Ebd., 66.

³² H. Sidgwick 1981 (Lit.), 3. Buch, Kap. 14, §3–4.

³³ Ebd., §5.

³⁴ Vgl. U. Gähde 1992 (Lit.), 105.

³⁵ R. W. Trapp 1988 (Lit.), 311.

³⁶ Platon, Philebos, 12 c–d; J. Griffin 1986 (Lit.), Kap. 1;

J. C. B. Gosling 1969 (Lit.), Kap. 3.

³⁷ H. Sidgwick 1981 (Lit.), 1. Buch, Kap. 4, §2, 49.

³⁸ B. Russell 1997 (Lit.), 192.

³⁹ W. L. Sumner 1996 (Lit.), 135.

⁴⁰ Vgl. dazu R. Nozick 1974 (Lit.), 42 ff.

⁴¹ J. Griffin 1986 (Lit.), 13.

⁴² B. Russell 1997 (Lit.), 191.

⁴³ A. Kusser 1989 (Lit.), 174 ff.

⁴⁴ J. Griffin 1986 (Lit.), 14.

⁴⁵ C. Fehige 1997 (Lit.), 307.

⁴⁶ J. Griffin 1986 (Lit.), 14.

⁴⁷ Vgl. C. Fehige/U. Wessels 1998a (Lit.), XXIf.

⁴⁸ J. Griffin 1986 (Lit.), 314 f. Ein umfassendes Verfahren der Aufklärung von Wünschen stellt R. BRANDT vor in R. Brandt 1979 (Lit.).

⁴⁹ J. Griffin 1986 (Lit.), 13.

⁵⁰ Ebd., 15.

⁵¹ Ebd., 35.

⁵² L. W. Sumner 1993 (Lit.), 79; S. KAGAN bringt einen ähnlichen Punkt in einer anderen Pointierung: Um das Wohlergehen einer Person für sie zu verbessern, müssen

sich ihre *intrinsic* Eigenschaften ändern. Daher müssen sich nach KAGAN bei solchen Verbesserungen der Geist oder Körper der Person verändern. Fakten, die mein Glück konstituieren, müssen Fakten über mich sein: »If something is to be of genuine [...] benefit to a person, than it must affect the person.« (S. Kagan 1992 [Lit.], 186).

⁵³ R. B. Brandt 1979 (Lit.), 249 ff.

⁵⁴ W. L. Sumner 1996 (Lit.), 131 f.

⁵⁵ Vgl. J. Griffin 1986 (Lit.), 22 f.

⁵⁶ Einen interessanten Verteidigungsversuch, der Lust zwar nicht als Gefühl, aber dennoch als eine allen lustvollen mental states gemeinsame Dimension versteht, diskutiert S. Kagan 1992 (Lit.), 172–179.

⁵⁷ Das zieht GOSLING anders als GRIFFIN oder SUMNER in Erwägung: vgl. J. C. B. Gosling 1969 (Lit.), 12 f.

⁵⁸ H. Sidgwick 1981 (Lit.), 1. Buch, Kap. 4, §4.

⁵⁹ Vgl. J. S. Mill 1991 (Lit.), 61–66; Empirischer argumentierend: R. Brandt 1979 (Lit.), 88–103; M. Silverstein 2000 (Lit.), 294.

⁶⁰ C. Fehige 2001 (Lit.), 61.

⁶¹ SILVERSTEIN und RAILTON argumentieren zur Stützung eines ausnahmslosen psychologischen Hedonismus, dass alle Wünsche nur abhängig von Lusterlebnissen gebildet wurden und immer von ihnen abhängig (unbewusst getragen?) bleiben. Darunter auch Wünsche nach »Echtheit« von Erlebnissen. D. h. solche Wünsche würden bei regelmäßigem Ausbleiben von befriedigenden Erlebnissen verlöschen: »We develop a desire to track reality because, in almost all cases, the connection to reality is conducive to happiness.« (M. Silverstein 2000 [Lit.], 296.) Zu erwidern, dass auch einzelne Illusionen glücklich machen, wie es J. LEMOS (ders., 2004 [Lit.], 524) tut, verkennt, dass es bei der Lustmaschine ja eigentlich darum geht, ob der Verlust sämtlicher Echtheit glücklich machen kann. Überwiegt also das Glück wenn wir auf Echtheit oder auf Illusionen setzen – abhängig von der Antwort werden wir auf Echtheit insgesamt eher verzichten wollen oder nicht. Im Alltag wird die Echtheit glücklicher machen als die Illusion, denn diese gelingt selten perfekt und frustriert uns so oft langfristig. Das mindert ihre Wertschätzung in unserer Welt und macht es wahrscheinlich, dass uns Echtheit insgesamt glücklicher macht als Illusionen. Die gesamte von SILVERSTEIN, BRANDT und RAILTON vertretene Theorie der Abhängigkeit unserer Wünsche von Glückserlebnissen halte ich zwar für plausibel, scheue mich aber davor, hier von allen Wünschen zu sprechen, bevor wir bessere psychologische Daten haben. Vgl. auch: P. Railton 1989 (Lit.).

⁶² J. Griffin 1986 (Lit.), 9.

⁶³ R. Hare 1992 (Lit.), 47–51, 131–142.

⁶⁴ A. Kusser 1989 (Lit.), 171.

⁶⁵ Vgl. Anm. 61. Eine Ausnahme wären z. B. biologisch elementarste Wünsche wie der nach Nahrung.

Öffentlichkeit

1. Ein komplexes Begriffsfeld

1.1 Sachgebiete

1.2 Öffentlichkeit als Treugeberin, Legitimationsinstanz, Medium und Subjekt

2. Definition und Begriffsgeschichte

2.1 Eine Definition

2.2 Begriffsgeschichte, Bedeutungswandel von »Publikum«

2.3 Die Vernunftidee der Öffentlichkeit

3. »Öffentlichkeit« als Basiskonzept und Norm demokratisch-liberaler Legitimation

3.1 Kants Rechts- und Staatsphilosophie

3.2 »Öffentlichkeit«: eine konstitutive Kategorie

3.3 Die gegenaufklärerische Kritik an der Öffentlichkeitsidee

4. Sozialphilosophische Begründung und sozialwissenschaftliche Erfassung des »Netzwerks für Kommunikation«

4.1 Argumentationsansprüche und (Un-)Wahrheitsfilter

4.2 Empirische Forschung

4.3 »Öffentlichkeit«: Ein inter- und transdisziplinäres Thema

1. »Öffentlichkeit« ist ein Wort, das kaum zu übersetzen ist. Wenn im Englischen »Öffentlichkeit« *public sphere* heißt, dann bleiben zwar die für die deutsche Begriffsgeschichte wichtigen semantischen Elemente von lateinisch *publicus* erhalten. Aber die im Deutschen vorhandenen Momente anschaulicher Natur: das Offene, Offensichtliche und Offenbare fehlen, Gehalte, die den engen Bezug zwischen »Öffentlichkeit« und praktisch-politischer Vernunft plausibel machen.¹

Wer die Frage – was ist das eigentlich: Öffentlichkeit? – sachgemäß beantworten will, der merkt bald, dass die durch den einen, umfassenden Ausdruck geweckte Erwartung, auf so etwas wie einen einzigen Kerngedanken zu stoßen, falsch ist; zu komplex ist das durch das Wort erschlossene Feld inhaltlicher Bezüge. An der Suggestion des einen Sachverhaltes ist allerdings richtig, dass sie die (jedenfalls im Deutschen) auffällig enge und durch die Begriffstradition immer wieder bestätigte Nähe erinnert, die die Kategorie der Öffentlichkeit sowohl mit der Vorstellung von Staat und Staatlichkeit wie mit der Idee der Vernunft verbindet.

Dieser Spur ist jedoch nicht allzu rasch zu folgen. Stattdessen sollte man zunächst auf die Vielfalt

sinnvoller Gebrauchsformen von »Öffentlichkeit« blicken. »Was ist Öffentlichkeit?« zu beantworten, verlangt zuerst einmal, sich nach den Leitdimensionen und Gravitationszentren eines weiten Wortfeldes zu erkundigen. Das Folgende beansprucht nicht, eine erschöpfende Liste der möglichen Unterscheidungen zu liefern; es geht lediglich um einen ungefähren Überblick.

Den Ausgangspunkt bilden vier Redeweisen:

(a) »Die Öffentlichkeit hat das Recht zu erfahren [...] (z. B. wie die persönlichen Verhältnisse prominenter Politiker beschaffen sind)«

(b) »Es liegt im öffentlichen Interesse, dass [...] (z. B. die Bilanzen großer, börsenkotierter Firmen transparent und verlässlich sind)«

(c) »Nur im Raum der Öffentlichkeit bildet sich [...] (z. B. ein Bewusstsein europäischer Gemeinsamkeit)«

(d) »Die Öffentlichkeit ist Garant dafür, dass [...] (z. B. private oder politische Machtkonzentrationen limitiert werden)«

Die Reihe ließe sich verlängern. Gleichwohl sind ihr grundsätzliche Orientierungen zu entnehmen; unter zwei Gesichtspunkten: im Hinblick auf die Thematisierungsfelder von Öffentlichkeit (1.1) und im Hinblick auf die Rolle, in der Öffentlichkeit im Rahmen solch thematisch-spezifischer Bezugnahmen auftritt (1.2).

1.1 Den Redeweisen a) – d) lassen sich vier verschiedene Sachgebiete und wissenschaftliche Disziplinen zuordnen. Der erste Fall (a) gehört zum »publizistischen Feld«, d. h. zu den diskursiven Praktiken, die Journalisten, Medienrepräsentanten, all diejenigen benutzen, die in irgendeiner Weise die Meinungsbühnen, Informationskanäle usw. zu betreiben und zu füllen haben, die wir gewöhnlich (Massen-)Medien nennen. Der zweite Fall (b) steht für das juristische Feld diskursiver Beschäftigung mit dem Öffentlichen bzw. der Öffentlichkeit. Die Angehörigen dieses Feldes bearbeiten explizit die institutionell-normativen, positivrechtlichen Strukturen, durch die festgelegt wird, was als sanktioniert bzw. nicht sanktioniert behauptet werden darf.

Das dritte Feld (c) lässt sich als das soziologische bezeichnen. In ihm werden die Dinge erörtert, die »Gesellschaft« und »Gesellschaftlichkeit« ausmachen. Das heißt: Es ist bestimmt durch das, was Soziologen tun, wenn sie die Gegenstände ihres Fa-

ches erforschen; u. a. so etwas wie die »soziale Identität« oder das »Wir-Gefühl« einer Gruppe von Menschen. Analog zum dritten definiert sich das vierte Feld (d): Der politologische (nicht der politische!) Diskurs thematisiert Öffentlichkeit im Rahmen der Systeme des Politischen. Der politische (nicht der politologische!) Diskurs über die Öffentlichkeit ist weder auf einem der vier genannten Felder exklusiv noch auf einem speziellen eigenen Gebiet anzusiedeln, denn er enthält Elemente aus jedem der angeführten Thematisierungsmodi, wenn er als Auseinandersetzung um Entscheide staatlich-politischer Natur stattfindet.

Am politischen Diskurs zeigt sich besonders deutlich, was beim Umgang mit dem Problem »Öffentlichkeit« primär zu beachten ist: Nämlich die unterschiedlichen Thematisierungsweisen, die es vorweg schon in je anderer Weise konzeptualisiert haben. Ergo: Was »Öffentlichkeit« bedeutet, hängt jedenfalls am diskursiven Feld, in dem der Ausdruck auftaucht; an den praktischen Interessen, theoretischen Fragen und systematischen Imperativen der im besonderen Feld Agierenden. Es gibt, so gesehen, nicht »die« Öffentlichkeit als einheitlichen Sachverhalt, sondern nur den Gegenstand »Öffentlichkeit« in diversen Erkenntnis- und Handlungshorizonten.³

1.2 Im publizistischen Feld (a) fungiert Öffentlichkeit meist als zu befriedigende Treugeberin derjenigen, die gewissermaßen auftragsgerecht die berechtigten Präentionen ihrer Treuhandkunden zu erfüllen haben. Kritisch formuliert: Die Bezugnahme auf Öffentlichkeit vermag der Rechtfertigung von Akten publizistischer Akteure zu dienen, auch wenn diese um willen höchst partikularer Interessen (z. B. rein kommerzieller Natur) vorgenommen werden; die Rede von den »Medien im Dienst der Ideale und Funktionsvoraussetzungen einer freien Gesellschaft« ist oft nur ideologischer Überbau.

Im juristischen Feld (b) hat »das Öffentliche« (i. S. des »öffentlichen Wohls«), »die Öffentlichkeit« (als Ort demokratischer Selbstgestaltung) die Bedeutung oder die Rolle der Legitimationsinstanz hoheitlicher Entscheide und Einrichtungen bzw. allgemein verbindlicher Normsetzungen. Ohne Zweifel ist auch hier, wie im vorigen Fall, die Frage nach der Triftigkeit der jeweiligen Legitimierung erlaubt.

Der Diskurs auf dem soziologischen Feld (c) bezieht sich typischerweise auf »Öffentlichkeit« nicht in normativen oder rechtfertigenden Kontexten, sondern in erklärender Absicht. Öffentlichkeit in-

teressiert in solcher Perspektive zunächst als das vermittelnd Offene eines von vielen geteilten Raumes (oder Mediums), in welchem einander fremde Individuen kollektiv gültige Wertvorstellungen, Bedürfnisbewertungen, Traditionsinterpretationen, Wir-Intentionen, ein Zusammengehörigkeitsbewusstsein entwickeln. Zweitens, und im Gegenzug zum Thema der Öffentlichkeit als des Integrationsmediums einer sozialen Gruppe, untersucht soziologische Forschung die desintegrierende, überlieferte Identitäten zersetzende Wirkung neu entstandener, technisch entgrenzter und moralisch liberalisierter Öffentlichkeiten. Beiden Hinsichten gemeinsam ist mithin die Deutung der Öffentlichkeit als eines unpersönlichen, nicht subjektiv agierenden Bedingungsgefüges von Vorgängen der Vergesellschaftung.

Auch im politologischen Feld (d) kann Öffentlichkeit als bloßes Medium oder Kommunikationsnetz thematisiert werden. Auffälliger sind allerdings die Rollen, in denen die Öffentlichkeit einerseits als liberal-(macht)kritische Instanz erscheint, andererseits als Synonym des »Volkes« i. S. des demokratischen Souveräns. Für die zwei zuletzt genannten Rollen charakteristisch ist die Verschiebung des Akzentes von der medial-unpersönlichen auf die aktiv-eingreifende Funktion: Die Öffentlichkeit wird zum Kollektivsubjekt, das »kontrolliert«, »entscheidet«, »fühlt«, »möchte« usw.⁴

Schon ein kurzer Durchgang durch die alltagsprachlich verfügbaren Sinn dimensionen von »Öffentlichkeit« zeigt die Vielfalt, Opazität und Widersprüchlichkeit des Begriffs. »Öffentlichkeit« kann in beschreibender wie in normativer Absicht verwendet werden. Öffentlichkeit ist Thema diverser Subdisziplinen der Soziologie;⁵ sie ist Gegenstand in der Staatsrechtslehre wie der deskriptiv-analytischen Politologie; zweifellos ist sie zu einem Basisbegriff der modernen praktischen Philosophie geworden. Die Annahmen, die sich mit ihrer Wirklichkeit verknüpfen, sind fundamental für das neuzeitliche Konzept rechtsstaatlich-demokratischer Souveränität und Autonomie.

Das lässt sich genetisch auf der Folie einer begriffsgeschichtlichen Erörterung entfalten. Damit kommen auch die zwei für die Gegenwartsphilosophie exemplarischen Öffentlichkeitstheorien in den Blick: Die Aufklärungsphilosophie der Kantischen Rechts- und Staatslehre,⁶ sowie die für die Zeit nach 1945 paradigmatische Diskurstheorie von J. HABERMAS.⁷

2. – 2.1 Im *opus magnum* seiner politischen Philosophie, in *Faktizität und Geltung* (1992), liefert J. HABERMAS eine zweiteilige Definition von »Öffentlichkeit«. Zum einen ist sie *per negationem* formuliert, was die Schwierigkeit der Aufgabe signalisiert; zum anderen (im positiven Teil) fokussiert sie sich auf einen eher engen Aspekt von »Öffentlichkeit«. Für HABERMAS ist die Öffentlichkeit primär ein sozialer Raum, ein »Netzwerk für Kommunikation«. Dennoch hat diese Definition für die aktuelle politische Philosophie prinzipielle Bedeutung. In ihr kondensieren sich sowohl HABERMAS' eigene, über vierzigjährige Beschäftigung mit dem Thema wie die Tendenzen einer vom 17. Jh. her reichenden Begriffs- und Problemtradition.

»Öffentlichkeit« ist zwar ein ebenso elementares gesellschaftliches Phänomen wie Handlung, Akteur, Gruppe oder Kollektiv; aber es entzieht sich den herkömmlichen Begriffen für soziale Ordnung. Öffentlichkeit lässt sich nicht als Institution und gewiss nicht als Organisation begreifen; sie ist selbst kein Normengefüge mit Kompetenz- und Rollendifferenzierung, Mitgliedschaftsregelung usw. Ebenso wenig stellt sie ein System dar; sie erlaubt zwar interne Grenzziehungen, ist aber nach außen hin durch offene, durchlässige und verschiebbare Horizonte gekennzeichnet. Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten.⁸

»Öffentlichkeit« wird von HABERMAS unter fünf Hinsichten definiert; nämlich als Struktur oder sozialer Raum (a), in dem durch aktive und durch rezeptive Akteure⁹ (b) eine spezifische Stimme, die »öffentliche Meinung«, (c), erzeugt wird, die zwischen dem politischen System, das rechtsverbindliche Entscheide produziert, und der ursprünglichsten Sphäre menschlich-kommunikativer Vergesellschaftung, der »Lebenswelt«, vermittelt (d) und dabei – im Rahmen demokratischer Selbststeuerung der Gesellschaft – in erster Linie die Aufgabe eines Warnsystems und eines Resonanzbodens für neue Problemstellungen erfüllt (e).

2.2 Die als »Netzwerk für Kommunikation« definierte Öffentlichkeit muss als Moment eines größeren Zusammenhanges erläutert werden; nur so erreicht man sowohl begriffliche Klarheit wie die dem Phänomen gemäße Komplexität. Beides leistet HABERMAS' Vorschlag; bemerkenswert ist außer-

dem, wie er die elementare Zweideutigkeit auflöst, die zum Wortfeld »Öffentlichkeit« gehört: Als »Netzwerk für Kommunikation« ist sie Medium und Diskursraum, aber keineswegs ein die Selbstgestaltung der Gesellschaft aktiv prägendes Kollektivsubjekt. Diskursraum oder Diskurssubjekt, der unaufgelöste Gegensatz irritiert immer wieder die Rede über »die« Öffentlichkeit. Im Rahmen begriffsgeschichtlicher Darstellung¹⁰ ist er an vielen Stellen der semantischen Struktur aufzuweisen, die das Begriffsfeld »Öffentlichkeit«, »öffentlich« durchzieht; augenfällig etwa beim Bedeutungswandel des Wortes »Publikum« im 18. Jh.

Vom passiven Adressaten obrigkeitlicher Rechtsakte entwickelt sich das »Publikum« zur gebildeten bürgerlichen Gesellschaft, die aktiv geschmacksbildend am buchdruckvermittelten bzw. schriftlichen Austausch der Meinungen und Ansichten partizipiert: »Die durch literarische Fehden, freie Zeitschriftenbeiträge und private Korrespondenzen geförderte Aktivierung des Publikums verhalf dem literarisch gebildeten Bürgertum zum neuen Selbstverständnis eines öffentlichen Zusammenhanges jenseits der [absolutistisch-feudalen, G. K.] politischen Ordnung [...] In der wechselseitigen Kritik ihrer »Bürger« machte sich das Publikum selbst zum Subjekt einer »Gesellschaft«, deren Grundgesetz die Möglichkeit der freien Teilnahme für alle Mitglieder war.«¹¹

»Publikum« – zunächst nur Begriff für einen prinzipiell passiv-rezeptiven Adressaten- oder Hörerkreis – wird zum Namen eines vielstimmigen »Senders« und Impulsgebers und darüber hinaus zum Titel für den eigentlichen Agenten der praktisch-politischen Vernunft. Kronzeuge dieses Gebrauchs ist I. KANT. In der *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* von 1784 finden sich die folgenden, berühmten Sätze: »Es ist also für jeden einzelnen Menschen schwer, sich aus der beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten [...] Dass aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich, ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit lässt, beinahe unausbleiblich.«¹²

Das Substantiv »Öffentlichkeit« entwickelt sich allerdings erst allmählich aus dem Adjektiv »öffentlich«, aber in der Begriffsgeschichte von »öffentlich« findet man im 17. und 18. Jh. die Herausbildung jener Bedeutungsschwerpunkte, die die eben bezeichnete Veränderung des Publikumsbegriffs vorbereitet haben: »Zunächst, im 17. Jh., nimmt »öffentlich«, in Folge der Ausbildung des modernen Staatsrechts, die Bedeutung von »staatlich«

an (= 1. Schwerpunkt); gegen Ende des 18. Jh. tritt »öffentlich« in enge Beziehung zum Vernunftanspruch der Aufklärung (2. Schwerpunkt).¹³ »Öffentlich« und »das Öffentliche« bedeuten also zuerst das *Staatliche*, dann das *Öffensichtliche und Offenbare* im und vor dem Forum des allgemeinen Menschenverstandes. Beide Bedeutungsprägungen sind nicht selbstverständlich und erklärbar nur durch die Wirkung tiefreichender geschichtlicher Kräfte (v. a. derjenigen der Realisierung der absolutistischen Staatsform), sowie durch den semantischen Einfluss des lateinisch-romanischen »*publicus*« bzw. des englischen »*public*«.¹⁴

Die Bedeutung von »staatlich« erhält »öffentlich« als Übersetzung von »*publicus*« im Gefolge der neuzeitlichen (theoretischen wie praktischen) Installierung einer überparteilich-souveränen, politischen Herrschaftsmacht. Th. HOBBES verwendet das Attribut »*public*« durchgängig zur Bezeichnung der höchsten Staatsgewalt; er folgt damit dem Sprachgebrauch, der seit dem Ausgang des 16. Jh. zur generellen Präzisierung des Attributes »*publicus*« tendierte, sodass es nun möglich geworden war, dem Wort ohne weiteres die gegenüber seinen vielfältigen Sinngehalten im späten Mittelalter spezifische Bedeutung von »staatlich« zuzuweisen. Diese Spezifizierung ist eine Bedeutungsschwelle von »säkularem Umfang« (HÖLSCHER); sie beginnt im Frankreich der Hugenottenkriege und ist in Deutschland mit der rechtssprachlichen Übersetzung lateinischer Ausdrücke wie »*officium publicum*«, »*servus publicus*« etc. durch »öffentlich« (= »staatlich«), erst im beginnenden 18. Jh. abgeschlossen.¹⁴ Die zweite Bedeutungsbestimmung geschieht 50 Jahre später. Auch sie schließt an Verschiebungen im Gebrauch des lateinischen »*publicus*« an und ihr Ergebnis ist die mit KANTS Aufklärungsphilosophie vollzogene Nobilitierung des (Lese-)Publikums als der Inkarnation aufklärerischer Vernunft. Ausgelöst wird diese enge Verbindung des Öffentlichen mit dem Vernünftigen sowohl von sozialen Vorgängen wie von semantischen Ursachen: »Seit Ende des 17. Jh. bekamen antike und humanistische Bedeutungsmomente des Wortes »*publicum*«, »*publicus*«, die in der Juristensprache des 16. und 17. Jh. ausgeblendet worden waren, mit dem Aufstieg des bürgerlichen Publikums eine neue Bewertung. Dies erlaubte es, das Attribut auch anderen gesellschaftlichen Zusammenschlüssen als der staatlichen Gemeinschaft zuzuordnen.«¹⁵

Publik, öffentlich waren nun nicht mehr allein

die Sphären staatlich-obrigkeitlicher Autorität, sondern auch jene Bezirke des Umgangs von Menschen mit Menschen, die nicht hierarchisch-herrschaftlich, sondern gesellig-argumentativ geordnet waren. Deren Wirklichkeit, empfunden als natürlicherweise entstanden und nicht als künstlich gemacht, wurde zur Manifestation des offensichtlich Vorbildlichen und eigentlich Vernünftigen. Dieses Verständnis verfestigte sich allmählich, bis in der zweiten Hälfte des 18. Jh. der andere Bedeutungsschwerpunkt des Begriffs erreicht worden war: Das Adjektiv »öffentlich« bezeichnete nun neben dem Geltungsbereich staatlicher Autorität auch den geistigen und sozialen Raum bzw. qua »*publicum*« oder »die« Öffentlichkeit auch die Instanz, in dem (und durch die) die staatliche Autorität sich rechtfertigen – oder auch kritisieren lassen – muss: »Die seither stets mögliche kritische Frage, ob die öffentliche Ordnung des Staates tatsächlich der durch die Vernunft, die öffentliche Moral bzw. die gesellschaftlichen Bedürfnisse vorgeschriebenen »natürlichen Ordnung« entspricht, bedient sich der Mehrdeutigkeit des Wortes »öffentlich«, im Sinne von »offensichtlich« und »staatlich«, um daraus die Forderung nach ihrer Harmonisierung abzuleiten.«¹⁶

Seit dem 18. Jh. kommen also im gleichen Wort »Öffentlichkeit« bzw. »öffentlich« Momente zusammen, die zueinander in *Verhältnissen spannungsvoller Wechselseitigkeit* stehen und die noch heute im allgemeinen Sprachgebrauch virulent sind: staatliche und spontane soziale Ordnung, Hoheitsakte und Resultate freier Diskurse, obrigkeitliche Legalitäts- und vernünftige Begründungsansprüche, politische Herrschaft und gesellschaftliche Gegenmacht.

2.3 An der Geschichte des Begriffs werden die Gedankenmotive erkennbar, die die aufklärerisch-vernunftrechtliche Theorie der Öffentlichkeit formiert haben. Aus dem vorausgesetzten Vertrauen in die Macht der einen Vernunft, die sich realisiert im Gespräch freier und vernünftiger Subjekte, also in der Praxis kommunikativer Wechselseitigkeit, dem genuinen Ort gemeinschaftlicher Selbstgestaltung, erwächst diese Erwartung kollektiver, gerechter und rationaler Autonomie, die im Lauf des 19. und 20. Jh. zum realpolitischen Anspruch auf rechtsstaatlich-demokratische Verfassungsstrukturen wird. Dabei sind die den ganzen Prozess leitenden Vernunftideen – die Ideen einer funktionierenden Öffentlichkeit, der Volkssouveränität, der Demokratie – für einander konstitutiv. Sie bilden ein Geflecht von Argumenten, das insgesamt brüchig

wird, wenn eines seiner Elemente hinfällig erscheint. Das erklärt, weshalb so viel vom tatsächlichen Bestand und faktischen Operationsmodus empirisch gegebener Öffentlichkeiten abhängt – und weshalb deren erfahrungswissenschaftliche Erfassung ein so prominentes Thema der Gegenwartsoziologie geworden worden ist.

Auch die vielen Rollen, die »Öffentlichkeit« in den aktuellen Thematisierungsfeldern übernehmen kann, lassen sich allesamt als Produkte (und insofern als legitime Erben) langer historischer Spracharbeit durchsichtig machen. Die einen Bedeutungsmöglichkeiten zugunsten der andern eliminieren zu wollen, wäre ebenso willkürlich wie undurchführbar. Wichtig bleibt jedoch die Beachtung der methodischen Maxime, dass – wer immer sich mit »Öffentlichkeit« beschäftigt – über die spezifischen Thematisierungsbedingungen Bescheid wissen muss, unter denen er steht, wenn er sich mit der Sache befasst. Und bei jeder derartigen Klärung spielen mindestens drei Polaritäten eine Rolle: Ist die Öffentlichkeit, mit der man es gerade zu tun hat, ein medialer, sozialer Raum oder ein aktives Kollektivsubjekt? Ist sie ein Ausdruck hoheitlicher Fürsorge und Handlungsbefugnis oder eine Erscheinung freier gesellschaftlicher Kommunikation? Ist sie eine faktische Größe (wie etwa die empirisch erhobene »öffentliche Meinung« zu Präsident CLINTONS Verhalten in der LEWINSKY-Affäre) oder in erster Linie ein normatives Ideal (wie die »kritische Öffentlichkeit mündiger Bürger und Bürgerinnen«) – oder ist sie eine Verbindung normativer und deskriptiver Befunde?

3. – 3.1 Die Polarität zwischen dem Ideal und der Wirklichkeit einer gegebenen Öffentlichkeit markiert den heute am heftigsten umstrittenen Punkt der Sache, jedenfalls in der Perspektive der an den Legitimationsproblemen politischer Ordnung interessierten praktischen Philosophie. Denn dieser geht es mit der Frage »Was ist Öffentlichkeit?« vor allem um die Bestimmung von deren Aufgabe; um die Antwort auf die Frage: »Was soll Öffentlichkeit?« Damit ist man aber unvermeidlich in die Kontroverse um die Feststellung von ihren *faktischen* Chancen und Schranken (»Was kann Öffentlichkeit überhaupt leisten und was nicht? Und was unter welchen Voraussetzungen?«) verstrickt.

Wer von »der Öffentlichkeit« bzw. von den durch sie ermöglichten Akteuren verlangt, dass sie z. B. Garanten der Liberalität gesellschaftlich-politischer Verhältnisse sind oder die Basis der demokratisch-

volkssouveränen Legitimation eines Staatswesens bilden, der muss über Annahmen und Erkenntnisse verfügen, die zumindest als grundsätzlich realisierbar konstataren, was idealiter gefordert wird. Das ist trivial. Nicht trivial ist jedoch die (v. a. für die Heuristik empirischer Sozialwissenschaften wesentliche) Einsicht, dass das, was Öffentlichkeit »kann«, gar nicht unabhängig von dem zu bestimmen ist, was sie »können sollte«, die Erfassung des Faktischen also selbst und von Anfang an schon im normativen Rahmen eines umfassenden Entwurfs steht. Dieser konzeptionelle Entwurf findet sich im Horizont der neuzeitlichen praktischen Philosophie; ihr Horizont ist für alle heutigen Thematisierungsweisen immer noch konstitutiv. Am nachhaltigsten dargelegt wird er durch das Ganze von KANTS liberaler Rechts- und Staatsphilosophie¹⁷ – die zugleich das ist, wovon die vernunftskeptische, gegenaufklärerische Kritik sich abstößt (vgl. unten 3.3).

Kern des neuzeitlichen (Kantischen) Begriffs der Vernunft ist die Idee ihrer bewährbaren Universalität: Die Vernunft ist eine Kraft, die kontextunabhängig überall dieselben theoretischen und praktischen Einsichten zu erzeugen vermag; bei allen Menschen, die sich sorgfältig und unvoreingenommen auf das je eigene Denkvermögen einlassen. Was vernünftig ist, ist allgemein gültig und persönlich einleuchtend zugleich. Es ist das Fundament, das die denkenden Iche zur Gemeinsamkeit des Wir vermittelt: indem im Prozess der Vernunft die je eigene Überlegung des Einzelnen mit dem für alle Richtigen und für jeden richtig Denkenden Maßgeblichen übereinkommen kann. Und auch *wirklich* übereinkommt, sofern nicht äußere oder innere Mächte, fremde Gewalt oder eigene Vorurteile die Menschen hindern, sich selbst und einander so lange zu prüfen, bis sich das Gesuchte – das für alle Rechte – in bewährbarer, d. h. vernünftig erkennbarer Bestimmtheit zum Vorschein gebracht hat.

Die wichtigste Realbedingung der gemeinschaftsstiftenden Vernunft ist mithin die Freiheit im umfassenden Sinn: die Freiheit der Reflektierenden sich selbst gegenüber und die Freiheit im Verkehr mit anderen, d. i. die gesellschaftliche Freiheit der Diskussion.

»Sapere aude«, »Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen«, ist KANTS erstes Postulat und zugleich seine primäre Erklärung von »Aufklärung«.¹⁸ Der Einzelne muss sich von unbefragter Tradition und autoritärer Gläubigkeit lösen, will er zu vernünftiger Selbstbestimmung gelangen.

Damit solch *private* Selbstoffenheit aber auch gesellschaftlich, also eben *öffentlich*, wirksam werden kann, braucht es zweitens die politische Bedingung der Meinungs- und Redefreiheit. Ohne sie wäre ja gar nicht möglich, was KANT zuallererst erhofft und was für ihn den eigentlichen Motor des Vernunftfortschritts bildet: die Selbstaufklärung des »Publikums«. Entsprechend ist »Publizität« in der Kantischen Rechts- und Staatsphilosophie von herausragender Bedeutung: »Publizität«, die freie *Diskutierbarkeit* von und die freie Zugänglichkeit zu jeder mit rationalen Geltungsansprüchen auftretenden Behauptung ist die an alle Staatsgewalt gerichtete, zwingende Forderung der Aufklärung. Und sie ist umso wichtiger, wo und wenn noch nicht die Bürger und Bürgerinnen selbst über ihre Gesetze befinden können. Also in monarchischen, aber vom »Publikum« reflektierten Verhältnissen.

Für deren Rechtmäßigkeit verlangt KANT, dass sich der oberste Gesetzgeber an der »Idee der Vernunft« orientiert, wonach er »seine Gesetze so gebe als sie aus dem vereinigten Willen eines ganzen Volkes haben entspringen können, und (wonach) er jeden Untertan, sofern er Bürger sein will, so anzusehen (habe), als ob er zu einem solchen Willen mitzusammengestimmt habe. Denn das ist der Probestein der Rechtmäßigkeit eines jeden öffentlichen Gesetzes.«¹⁹

Diesem Kriterium zu genügen, vermag aber letzten Endes selbst der Monarch nur als Teil des »Publikums« und nicht als blosser Inhaber der Gesetzgebungsautorität. So schliesst sich durch den ungehindert sich entwickelnden – »öffentlichen« – Prozess der Vernunft alles zusammen: die staatlichen und die vernunftgerechten Regulierungen; das vom Machthaber vorgeschriebene und das dem »Probestein« prinzipieller Rechtmäßigkeit Entsprechende; die aufgeklärte persönliche Überzeugung und die in der Gesellschaft verwirklichte Aufklärung; das Handeln der Einzelnen und die öffentlich-republikanische Gemeinsamkeit.²⁰

Für diesen großen Zusammenhang, wenn man will: für die umfassende Problemstellung der demokratisch-liberalen Legitimität, steht das Wort »Öffentlichkeit« nach 1800 und gewinnt im 19. Jh. eine Schlüsselstellung in der deutschen Verfassungsdiskussion. Es ist gerade seine vielfältige Metaphorizität und seine begriffsgeschichtliche Mannigfaltigkeit, die es dazu prädestiniert haben. Durch die mit ihm gegebene Möglichkeit, sehr verschiedene Bedeutungen in einem einzigen Ausdruck zugleich anzusprechen, ist es gewissermaßen zum

Kürzel geworden, das die sozialen Probleme, normativen Forderungen, anthropologischen Annahmen, gesellschaftlichen Entwicklungen, Legitimitätstheoretischen Begründungen etc., die mit der modernen, aufklärerischen Rechts- und Staatsidee verknüpft sind, in einen Ausgangspunkt zusammenbringt: Die Rückbindung des Obrigkeitlichen an den Gedanken des Vernunftrechtes wie an den der Volkssouveränität; die liberale Kontrolle der Mächtigen durch die Regierten; das demokratische Interesse an Transparenz; die Ausbildung einer Sphäre vernünftig-deliberativen Gemeinsinns, in der die einzelne Stimme doch nicht verschwinden muss; die Autonomie der Person wie die des Volkes; der selbstinduzierte Prozess der Verwirklichung der Vernunft – all dies kommt in und mit dem einen Ausdruck »Öffentlichkeit« zur Sprache.

3.2 Was Öffentlichkeit »ist« und – vielleicht – »kann«, ist nicht losgelöst von dem zu untersuchen, was sie können sollte. Das nennen empirische Sozialwissenschaftler, die »heuristische« Funktion des normativen Konzepts.²¹ Das ist zutreffend – und zugleich eine Unterbestimmung der prinzipiellen Nichtintergebarkeit der Kategorie »Öffentlichkeit«. Wer nämlich nur die »heuristische« Notwendigkeit einräumt, übersieht den *konstitutiven* Sinn der Kategorie. Denn »Öffentlichkeit« bezeichnet Sachverhalte, die es gar nicht unabhängig von normativen (wenn man will: »kontrafaktischen«) Erwartungen und Ansprüchen gibt: von jenen konstitutiven Annahmen in quasi-transzendentaler Funktion, die ihren Platz einerseits im Verweisungsgefüge der für das Selbstverständnis moderner Gesellschaften fundamentalen Philosophie der allgemeinen Menschenvernunft haben, andererseits im Zusammenhang der darauf gestützten liberalen Rechtstheorien und Verfassungswirklichkeiten.

Damit es also überhaupt eine soziale Tatsache gibt, an die das Kriterium »Öffentlichkeit als Raum kollektiver Selbstgestaltung liberal-demokratischer Gesellschaften« anzulegen ist, muss a priori eine entsprechende Erwartung existieren.²² A-priori-Erwartungen, als Kriterien fungierende Ideale und empirisch beschreibbare Fakten stehen in enger innerer Beziehung; was wiederum Konsequenzen in beiderlei Richtungen hat: Je nachdem, was von »der« Öffentlichkeit erwartet wird, je nachdem, was man ihr zutraut oder zumutet, bildet sich der Standard, der erst überprüfbar sein lässt, was Öffentlichkeit »wirklich« ist. Entsprechend leicht sind dann – angeblich »rein empirische« – anscheinend vorbehaltlos nüchterne, aber natürlich enttäu-

schende Analysen vorzutragen oder gar zu denunziatorischen Zwecken einzusetzen. Man muss nur sehr hohe (oder ungeklärte) Präntionen in den Messbegriff einbauen, um dafür zu sorgen, dass die »tatsächlich reale« Öffentlichkeit die »normativen« Erwartungen von Philosophen als idealistische Utopien entlarvt. In der Tat ist es ja nicht schwierig, allen Vorstellungen einer rousseauistischen Polisdemokratie das deskriptiv zu bestätigende Bild einer manipulierbaren, flüchtigen Stimmung unterworfenen Massengesellschaft entgegenzuhalten.

Es ist selbstverständlich wichtig, theoretische, für die Bewertung politisch-sozialer Ordnungen folgenreiche Konzepte wie »Öffentlichkeit« auf ihre deskriptive Gültigkeit hin zu betrachten. Gewinn für beide Seiten, für die empirisch-analytische wie für die normativ-konstruktive Arbeit, kommt dabei allerdings nur zustande, wenn von einer nicht diffusen Vorstellung ausgegangen wird, die im Rahmen einer hinreichend entwickelten, umfassenden Konzeption von Recht, Staat, Gesellschaft und menschlicher Rationalität steht.

Auf einen solchen Öffentlichkeitsbegriff zielt die oben bereits notierte Definition von HABERMAS. Sie ist ebenso als Umriss einer Konstruktfigur zu verstehen,²³ die jenen Ansätzen der Gegenaufklärung und antiliberalen Reaktion widerspricht, die im 19. und 20. Jh. viele Parteigänger finden und die die Idee der liberalen, auf Diskurse, individuelle Vernünftigkeit und pluralistische Öffentlichkeit gestützten Demokratie für grundsätzlich verkehrt halten.

3.3 Die »karfreitagstheologisch« inspirierte politische Anthropologie J. DE MAISTRES,²⁴ LE BONS Darstellung der »Masse«,²⁵ aber auch HEIDEGGERS berühmte »Man«-Analysen²⁶ und C. SCHMITTS wider die Weimarer Republik gerichtete Erörterung der »geistesgeschichtlichen Lage des Parlamentarismus«²⁷ (um nur einige der heute noch prominenten Theorien des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jh. aufzuzählen²⁸), sie alle transportieren die typischen Vorbehalte gegen die philosophiegeschichtliche Idee der Verwirklichung der Menschenvernunft. Nicht verbunden durch eine gemeinsame politische Doktrin ist ihr öffentlichkeitskritischer »Antiliberalismus« doch geeint in seiner Ablehnung der zwei zentralen Voraussetzungen der (Kantischen) Aufklärungslehre: Er verneint die Gegebenheit menschlicher Selbstverbesserungsfähigkeiten, und er bestreitet die Vereinigungskraft der Vernunft.

»La raison humaine ne produit que des disputes« ist J. DE MAISTRES kategorisches Verdikt über den Vernunftglauben im Sinne KANTS. DE MAISTRE formuliert damit ein Motto, das sich bei C. SCHMITT, bei L. STRAUSS, bei A. MACINTYRE²⁹ und vielen anderen wiederholt. Im Gegensatz zum Kantischen Öffentlichkeitspostulat ist »Publizität« und sind Meinungs- und Äußerungsfreiheit für diese Denker also kein Weg zu einer Ordnung der Autonomie, sondern das Mittel zur Zerrüttung jedweder funktionierenden Gesellschaftsform.

Der zweite Angriff der Gegenaufklärung gilt der aufklärerischen Verkennung der Menschennatur. Für sie ist der Mensch in jeglicher Hinsicht unzulänglich. St. HOLMES paraphrasiert insbesondere DE MAISTRES paradigmatische Argumentation in folgender Weise: »In Wahrheit sei der Mensch eine verwirrte, »schwache und blinde« Kreatur, ohne festen Willen, ein »verderbtes und schwankendes Wesen«. [...] in ihm spiegle sich der kosmische Kampf zwischen den Mächten des Guten und des Bösen wider. Als Mikrokosmos des universellen Chaos hat der Mensch weder beständige noch miteinander in Übereinstimmung stehende Sehnsüchte: »Er weiß nicht, was er will; was er will, will er nicht, und was er nicht will, will er.« [...] Ein derart beschaffenes Wesen weiß nicht im Geringsten zu beurteilen, was eigentlich sein Zweck ist; jemand, der sich immer nach dem sehnt, was er gerade nicht hat, der kann gar nicht rational entscheiden, was für ihn das Beste ist.«³⁰

Die menschliche Ignoranz in Bezug auf das Gute und die heillose Disensthätigkeit der Vernunft wären, sofern sie uneingeschränkt gelten würden, in der Tat durchschlagende Argumente gegen die Aufklärungstheorie der Öffentlichkeit. So oder so schärfen sie jedoch den Blick für die Aspekte der Sache, die eine optimistische praktische Philosophie gerne ausblendet: Die Beeinflussbarkeit der »öffentlichen Meinung« durch den gezielten Einsatz von Medien, Informationen und Stimmungskampagnen; die Neigung der meisten Leute, emotional stark besetzten Vorurteilen eher zu trauen als rationalen Zweifeln; der Hang zur Konformität; panische Gefühlschwünge oder die lethargische Gleichgültigkeit der Menge gegenüber vorherrschenden Machttechniken – die Liste der Phänomene, die Öffentlichkeit mit Eigenschaften der »Masse« und des »Man« assoziieren, ist lang genug, um von einem reflektierten Öffentlichkeitsbegriff die illusionslose Berücksichtigung der unzweifelhaft negativen, massengesellschaftlichen Elemente der

Moderne zu verlangen. In der zeitgenössischen Öffentlichkeitssoziologie spielt dieses Postulat denn auch eine wichtige Rolle (vgl. unten 4.2.)

4. – 4.1 Begriff und Idee der Öffentlichkeit reichen zurück ins 18. Jh.; wirklich produktiv als regulative Orientierung und konstitutive Kategorie, als Leitbild volkssouveräner Ordnung und als notwendige Fiktion für die Bewertung demokratischer Verhältnisse ist ihre Gestalt aber erst in der 2. Hälfte des 20. Jh. geworden. Im Gleichschritt mit dem Bedeutungszuwachs, den sie in der Gegenwartsmoderne erfährt, verzweigen sich aber ihre Konturen und kompliziert sich der Zusammenhang ihrer Momente. Der Ausdifferenzierungsprozess, der soziale Evolution insgesamt charakterisiert, transformiert auch die Elemente, die das ausmachen, was der Name »Öffentlichkeit« sehr pauschal bezeichnet:

Als sozialer Raum (»Netzwerk für Kommunikation«) gliedert sich gegenwartsmoderne Öffentlichkeit in die verschiedenen Bereiche einer Arena mit mehreren Aufmerksamkeitszonen; deren Protagonisten und ihr Publikum können nach Aktivitäts-, nach Laien- und nach Professionalisierungsgraden unterschieden werden; die Rolle der Medien und insbesondere die Rolle der vom politischen System abgekoppelten, nach marktwirtschaftlichen Logiken operierenden *Massenmedien* müssen berücksichtigt werden. Das seit den 90er Jahren des letzten Jh. außerordentlich dynamisch gewachsene *World Wide Web*³¹ durchbricht die lange Zeit nationalstaatlich bzw. sprachregional partikularisierten Öffentlichkeiten; ein Vorgang, der gleichzeitig von der Supranationalisierung fast aller politischen Probleme in Zeiten der Globalisierung befördert wird.

Die »spezifische Stimme« der Öffentlichkeit, »die öffentliche Meinung«, exakt zu definieren wird noch schwieriger als bisher,³² weil öffentliche Kommunikation – gerade in Reaktion auf die Eigenlogik des Systems massenmedialer Aufmerksamkeitsökonomien³³ – in gewisser Weise latent wird und abtaucht in die persönlichen Netzwerke der Zivilgesellschaft.

So notiert die empirische Soziologie unter dem Titel »Das unterschätzte Publikum«, dass für die kognitiv-argumentativen Aspekte individueller Willensbildung (wie die Relevanzbestimmung politischer Probleme und deren Situiierung in einem allgemeinen Bewertungsschema) »die Inhalte der Medienberichterstattung nur einen geringen direk-

ten Einfluss« ausüben.³⁴ Dazu passt, dass, erfahrungswissenschaftlich ausweisbar, die Bürger und Bürgerinnen eines auf direkte Beteiligung ausgerichteten politischen Systems, wie es etwa dasjenige der Schweiz ist³⁵, in ihren Meinungen viel offener und weniger manipulierbar sind, als es kulturpessimistische Thesen über das »deliberative Phantasma«³⁶ des durch öffentliche Kommunikation verbundenen Publikums vermuten lassen.

Allerdings ist klar, dass selbst im Rahmen der (halb)direkten Demokratie – und erst recht unter den Bedingungen repräsentativer Demokratie – strikt zu unterscheiden bleibt zwischen dem Raum und der Wirkung von Öffentlichkeit zum Einen und dem Operieren des jeweiligen politischen Systems zum Anderen; nur Letzteres vermag rechtsverbindliche Akte zu erzeugen. Die Konsequenz dieser Arbeitsteilung besteht in einer systematisch präzisierten Zweckbestimmung: Zur eigentlichen Aufgabe der gegenwartsmodernen Öffentlichkeit wird nun die Vermittlung zwischen der ursprünglichsten Sphäre menschlich-kommunikativer Sozialität – die HABERMAS auf den Spuren HUSSERLS als »Lebenswelt« bezeichnet – mit andererseits den Institutionen und Operationsmodi spezialisierter und selbstreferentiell funktionierender Teilbereiche der Gesellschaft.

Zu dieser Vermittlungsaufgabe zählt Verschiedenes. HABERMAS betont die Funktion des Warnens, d. h. die Wirkung der Öffentlichkeit als eines Resonanzraumes, durch den von der offiziellen Politik unbeachtete Problemstellungen allererst sozial relevant und dringlich werden – und gelegentlich sogar zum Katalysator kommunikativ mächtiger Bewegungen. Öffentlichkeit erlaubt freiwilligen, nicht-staatlichen, nicht-ökonomischen Zusammenschlüssen privater Natur, also den Akteuren der »Zivilgesellschaft«³⁷ – der wichtigsten Agentin lebensweltlicher Motive – die Dinge zur Sprache zu bringen, die sonst von den eigenlogischen Prozessen staatlich-bürokratischer Administrationen, quotengesteuerter Medienunternehmen und von den Politmarketingmaßnahmen partikular- und klientelinteressengelenkter Parteigruppierungen verschüttet und verschluckt würden.

Bedeutsamer noch als durch die von einer aktiven Zivilgesellschaft formulierte Korrektivstimme wirkt Öffentlichkeit freilich durch die Rückbindung aller Kommunikationen, die in ihrer Sphäre existieren, an die fundamentalen Ansprüche jedes der sprachlichen Verständigungsvorgänge. Öffentlichkeit ist nicht bloß konstitutive Kategorie, Leit-

bild und notwendige Fiktion einer vernünftigen demokratischen Gesellschaftsordnung; sie ist und bleibt – die Bedingungen komplexer Sozialsysteme, unter denen sie heute steht, können ihr dieses Vermögen nicht nehmen! – ein »(Un)Wahrheitsfilter« im Fluss publikumsadressierter Informations- und Mobilisierungsstrategien.

Zwar haben nie alle die gleiche Chance, sich Gehör zu verschaffen und das Einflusspotential der Öffentlichkeit zu nutzen, »aber der [...] Einfluss, den die Akteure über öffentliche Kommunikation gewinnen, muss sich letztlich auf die Resonanz, und zwar auf die Zustimmung eines egalitär zusammengesetzten Laienpublikums stützen.«³⁸ Auch im öffentlichen Raum gilt die für das private Gespräch basale Differenz zwischen Prozessen rationaler Überzeugungsbildung und Versuchen manipulativer Überredung.

Der Einfluss der »öffentlichen Meinung«, auf den diejenigen zielen, die das Publikum für ihre Sache gewinnen wollen, verdankt sich darum nicht schier Propaganda und der Quantität von *Prime-time*-Auftritten. Die »öffentliche Meinung« ist stets mehr als das bloße Aggregat einzeln abgefragter und privat geäußelter Ansichten. Sie findet Gehör, insofern sie die besondere Würde einer vernünftig-argumentativen Genese besitzt; als das Resultat einer diskursiven Prozedur, als Folge von Reden und Widerreden, in denen Gründe und Gegenstände vorgebracht und getestet werden und dabei Informationen und handlungsrelevante Vorschläge »mehr oder weniger rational verarbeitet werden.«³⁹ Denn immer schon eingelassen in die »Öffentlichkeit als Netzwerk von Kommunikation« ist so etwas wie ein *gesellschaftlich wirksames Vernunft- und Richtigkeitsinteresse*. Auch die über die öffentliche Kommunikation zu einem kollektiven Wir vereinigten Menschen wollen (wie einzelne Personen⁴⁰) so handeln können, dass sie ihre Handlungen als rechtfertigbar zu begreifen im Stande sind.

Gewiss darf dieses Rechtfertigungsinteresse nicht als kategorisches »Wahrheitsverlangen« missverstanden werden. Doch ebenso wenig sollte es als beliebig dehnbar unterschätzt werden: »Öffentliche Meinungen, die nur dank eines nichtdeklarierten Einsatzes von Geld oder Organisationsmacht lanciert werden können, verlieren ihre Glaubwürdigkeit, sobald diese Quellen sozialer Macht publik gemacht werden. Öffentliche Meinungen lassen sich manipulieren, aber weder öffentlich kaufen, noch öffentlich erpressen.«⁴¹

Öffentliche Zustimmung kann darum nicht wie irgendeine Verlautbarung per Verfügung gesetzt und nicht durch massive Propaganda kausal hergestellt werden, weil sie zunächst immer ein Produkt sukzessiver kommunikativer Erfahrungen auf der Basis menschlich-rationaler Verständigungsbedürfnisse ist, etwas also, dass sich autonom, selbstreproduktiv entwickelt, bevor es, allenfalls, zum Gegenstand strategisch zielbewusster Eingriffe wird. Weil sie in den Intuitionen der Lebenswelt wurzelt, unterstehen Öffentlichkeit und öffentliche Meinung ursprünglich und a priori allein den Bedingungen, die den Vollzug jedweder diskursiven Beziehung orientieren: Verständlichkeit der Aussagen, »Wahrheits-« bzw. »Richtigkeitsempfindlichkeit« der erhobenen Geltungsansprüche,⁴² Wahrhaftigkeitsverpflichtung der Sprechenden. Ob etwas zwischen zwei oder einer unüberschaubaren Vielheit von Personen zur Diskussion steht, macht im Grunde keinen Unterschied: Stets muss, was gemeinsam gelten soll, als einigermaßen plausibel und diesbezüglich auch überprüf- und rechtfertigbar erscheinen können. Das erklärt, weshalb sich öffentliche Meinungen *manifest* nicht manipulieren lassen. Und weil in liberal-rechtsstaatlichen, technisch modernisierten Informationsgesellschaften niemand eine sichere Kontrolle über die »Netzwerke für Kommunikation« besitzt, ist es wahrscheinlich, dass Verschleierungspraktiken bald einmal aufgedeckt werden: Relevante Informationen, abweichende Argumente, alternative Modelle, die auf einleuchtenden Annahmen beruhen, und was immer sonst eine Überredungsstrategie zu erschüttern vermag, werden über kurz oder lang im Netz zu zirkulieren beginnen.

4.2. Die zeitgenössische Soziologie und Kommunikationsforschung hat auf der Folie des normativ geladenen, dem Kantischen Publizitätsoptimismus entsprechenden klassischen Diskursmodells der Öffentlichkeit hoch reflektierte Theorieraster ausgearbeitet, durch welche die Verzweigungen und Verfeinerungen der aktuellen Öffentlichkeitsstrukturen erfahrungswissenschaftlich verlässlichen Analysen zugänglich gemacht werden können⁴³. Die Forschung untersucht Öffentlichkeitsrhetorik, dominierende Kommunikationsmuster, den Deliberationsgrad massenmedial verbreiteter Diskussionen, den »neuen« Strukturwandel der Öffentlichkeit,⁴⁴ usw.

Dabei sind stets auch die von gegenaufklärerischer Seite eingebrachten skeptischen Motive im Spiel. Die Empiriker wollen sich von keinem nor-

mativen Idealismus taub machen lassen für die mit ausweisbaren Argumenten erhobenen Einsprüche gegen das Leitbild einer sich durch Vernunft und Diskussion selbst regulierenden Bürgergesellschaft.

Es ist nicht überraschend, dass die entsprechenden Ergebnisse ziemlich ernüchternd ausfallen, wenn man die durch sie erfasste Realität mit den Idealforderungen der Philosophie demokratischer Selbstbestimmung vergleicht. Aber dies Resultat denunziert – trotz allem – weder die idealen Ansprüche als illusionär, noch dementiert es die vorhandenen und effektiven Diskurspotenziale der gegebenen Wirklichkeit.

»(Heutige) politische Auseinandersetzungen werden mit einem beachtlichen öffentlichen Argumentationsaufwand betrieben, der eher zu- als abgenommen hat. Viele große öffentliche Debatten der letzten Jahrzehnte haben den Argumentationshaushalt westlicher Gesellschaften und die Überzeugungen und den Kenntnisstand eines erheblichen Teils ihrer Mitglieder deutlich verändert; von den Debatten über die Auseinandersetzung mit problematischen kollektiven Vergangenheiten über die Außen- und Militärpolitik, Fragen der Sozialpolitik und das »Ende der Arbeitsgesellschaft«, Erziehungsstile, Familienverhältnisse und Geschlechterbeziehungen bis zu ökologischen Problemen und Fragen der Einwanderungspolitik oder der »nationalen Identität«. In all diesen Fällen (lässt) sich zeigen, dass ehemals herrschende Vorstellungen durch argumentative Kritik entkräftet und unglaubwürdig geworden sind.«⁴⁵

KANTS These, wonach »das Publikum, wenn man ihm nur Freiheit lässt«, gar nicht anders kann, als »sich selbst aufzuklären«, ist empirisch also nicht widerlegt, und HABERMAS' Grundüberlegung, dass Öffentlichkeit als Ausdehnung der ursprünglich lebensweltlichen Verständigungsverhältnisse denselben Diskurskriterien und -ansprüchen unterstellt ist, die überall (und im Jargon: »kontrafaktisch«) gelten, wo Menschen zusammenleben, beweist Fruchtbarkeit gerade durch ihr Beharren auf den Tatsachen der faktischen Kraft des Normativen.

4.3 Ein vollständiger Begriff von Öffentlichkeit ist durch philosophisches Nachdenken allein nicht mehr zu gewinnen. Das bestätigen schon die eingangs erinnerten Diskursfelder des aktuellen Umgangs mit den wesentlichen Themen. Die weitergehende Beantwortung der Frage »Was ist Öffentlichkeit?« verlangt ausser der Kenntnisnahme des sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes die Beschäftigungen mit den Disziplinen der Staats-

rechts- und der Kulturwissenschaft, sowie mit der politischen Theorie transnationaler Vergesellschaftung. Dazu abschließend drei Hinweise.

In der Öffentlichkeit werden Meinungen erzeugt, nicht Entscheide gefällt. Öffentlichkeit und der in ihr stattfindende Diskurs sind entscheidende Momente von Volkssouveränität, doch »die« Öffentlichkeit zur eigentlichen Trägerin der politischen Selbstbestimmung der Bürger und Bürgerinnen zu machen, wäre verkehrt. Das ist mehrfach festgestellt worden; nicht erwähnt worden sind jedoch die grundrechtlich-verfassungsmäßigen Voraussetzungen der Öffentlichkeit. Damit diese ihre Funktion im Rahmen demokratischer Meinungsbildung erfüllen kann, bedarf sie des vorgängigen rechtsstaatlichen Schutzes. Sie ist selbst zwar keine Institution, hängt aber ihrerseits von Institutionen ab: von in der Verfassung garantierten Grundrechten und von einer sanktionsfähigen Judikative, die diese Rechte interpretiert und verteidigt. Weil aber zweitens die Akteure in der Öffentlichkeit, jedenfalls in einer liberalen Öffentlichkeit, nur Einfluss, nicht politische Macht erwerben können, sind erst dann der vernünftigen Idee der Volkssouveränität gemäße, d.h. in fairen Prozeduren geprüfte Entscheidungen zustande gekommen, wenn der »publizistisch-politische Einfluss die Filter der institutionalisierten Verfahren demokratischer Meinungs- und Willensbildung passiert (hat) und in legitime Rechtssetzung«⁴⁶ eingegangen ist.

Welche geschichtlichen Erfahrungen auch im 21. Jh. zu solch betonter Rechtsstaatsbindung zwingen, ist klar: Es ist der rechte und linke Totalitarismus, der seine Herrschaft allemal auf eindruckliche Manifestationen öffentlich-massenhafter Akklamation zu stützen wusste. Dieselbe historische Lektion motiviert deshalb drittens auch zur allgemeinen Verankerung von Öffentlichkeit und bürgergesellschaftlicher Aktivität in primär liberal definierten Ansprüchen und Wirklichkeiten: Ohne unversehrte Privatsphäre existiert keine lebendige Öffentlichkeit und keine zivilpolitische Praxis. Dieses Wissen ist dem kollektiven Gedächtnis der Gegenwart unverlierbar eingeschrieben: Ein »panoptischer Staat (kontrolliert) nicht nur unmittelbar die bürokratisch ausgetrocknete Öffentlichkeit, er untergräbt auch die private Basis dieser Öffentlichkeit.«⁴⁷ Wenn nicht sicher ist, dass man vom Nachbarn nicht bei irgendeiner Geheimpolizei denunziert werden kann, und wo jederzeit zu befürchten ist, dass staatliche Kräfte den persönlichen Spielraum durchkreuzen, da und dann wird keine

Initiative entwickelt, und kaum jemand besitzt noch die nötige Courage, um öffentlich die Macht zu kritisieren. Die Zerstörung der privaten Lebensbereiche zerstört die kommunikativen Energien der Lebenswelt, die Wurzeln und Stoffwechselketten sozialer Vitalität, ohne die der Raum gemeinsamen Handelns verodet und zum gesichtslosen Ort einsamer Massen wird.

Ohne die Ressourcen einer vitalen politischen Kultur nützt alles nichts. Die Öffentlichkeit existiert nie ohne diejenigen, die in ihr wirken; so wie es ohne aktuelles Erklären von Tönen auch keinen wirklichen Klangraum gibt; ohne tätiges Freisein keine Freiheit.

Gemeinwesen, die den normativen Ansprüchen der Moderne genügen wollen, verlangen funktionierende Öffentlichkeiten. Das gilt auch dort, wo unter dem Druck supranational zu lösender Aufgaben politische Großräume und institutionelle Regimes entstehen, die die herkömmliche nationalstaatliche Willens- und Entscheidungsbildung durchkreuzen. Die zivilisatorischen Vorgänge, die unter den Titeln der »Globalisierung« und der »postnationalen Konstellation« zusammengefasst werden, produzieren Nötigkeiten regulatorischer und regierungsanaloger Art, die von den Menschen als legitim erfahren werden müssen, um effektiv sein zu können. Fehlen die dazu passenden Öffentlichkeiten, sind solche Erfahrungen nicht zu generieren; wie realistisch ist es aber, sie zu postulieren? Die Frage kann nicht weiter verfolgt werden, doch es ist evident, dass sie eine Hauptrichtung zukünftiger Öffentlichkeitsphilosophie und -soziologie bezeichnet.⁴⁸

Literatur

- Arendt, H. (1981), Der Raum des Öffentlichen und der Bereich des Privaten, in: dies., *Vita Activa oder vom tätigen Leben*, München, Kap. II.
- Castells, M. (2005), Die Internet-Galaxie: Internet, Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden.
- Chalmers, D. (2003), The Reconstitution of European Public Spheres, in: *European Law Journal* 9, 127–189.
- Curtin, D. (2003), Private Interest Representation or Civil Society Deliberation? A Contemporary Dilemma for European Union Governance, in: *Social & Legal Studies* 12/1, 55–75.
- Dahrendorf, R. (1993), Aktive und passive Öffentlichkeit. Über die Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften, in: W. R. Langenbucher (Hg.), *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse*, Wien, 24–51.

- Dreyfus, H. L. (2002), *On the internet*, London.
- Fraenkel, E. (1962), *Öffentliche Meinung und internationale Politik*, Tübingen.
- Fraenkel, E. (1964), Demokratie und öffentliche Meinung, in: ders.: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart.
- Habermas, J. (1990), Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (1962). Mit einem Vorwort zur Neuauflage, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1992), Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates (insbesondere Kap. VIII), Frankfurt a. M.
- Hölscher, L. (1978), Art. »Öffentlichkeit«, in: O. Brunner u. a. (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart, 413–467.
- Holmes, St. (1995), *Die Anatomie des Antiliberalismus*, Berlin.
- Imhof, K. (2003), Politik im »neuen« Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: A. Nassehi/M. Schroer (Hgg.), *Der Begriff des Politischen*, in: *Soziale Welt*, Sonderband 14, Baden-Baden, 401–417.
- Kant, I. (1971), Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784), in: *Kants Werke. Akademie-Textausgabe*, Bd. 8, Berlin/New York, 33–42.
- Lessig, L. (2001), *Code und andere Gesetze des Cyberspace*, Berlin.
- Liesegang, T. (2004), Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Theorien von Kant bis Marx (1780–1850), Würzburg.
- Lippmann, W. (1993), *The Phantom Public*, mit einer neuen Einf. V. W. M. McClay (Neuaufgabe), New Brunswick.
- Luhmann, N. (1996), *Die Realität der Massenmedien*, Opladen.
- Maresch, R./Rötzer, F. (2001), *Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet*, Frankfurt a. M.
- Möller, E. (2006), Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern, Hannover.
- Müller-Dooch, S./Neumann-Braun, K. (Hgg.) (1991), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie*, Oldenburg.
- Neidhardt, F. (Hg.) (1994), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34.
- Peters, B. (1994), Der Sinn von Öffentlichkeit, in: F. Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34, 41–76.
- Sennett, R. (1977), *The Fall of Public Man*, New York.

Shapiro, I. (2002), Optimal Deliberation? in: Journal of Political Philosophy 10/2, 196–211.

Literatur verarbeitet bis 2007

GEORG KOHLER

Anmerkungen

¹ Für diesen Zusammenhang steht insbesondere H. ARENDTS Konzeption des öffentlichen Raumes als des eigentlichen Ortes von »Politik«, vgl. H. Arendt 1981 (Lit.). ARENDTS Begriff von »Öffentlichkeit« und der damit verbundene Gedanke der »kommunikativen Macht« ist auch für HABERMAS' gesamte Diskursphilosophie von erheblicher Bedeutung; und zwar ebenso als wegweisende wie als kritisch zu präzisierende Idee,² vgl. J. Habermas, Hannah Arendts Begriff der Macht, in: ders., Politik, Kunst, Religion. Essays über zeitgenössische Philosophen, Stuttgart 1998, 103 ff.

² Im Folgenden schreibe ich immer dann, wenn es um die Bedeutung des Ausdrucks geht, »Öffentlichkeit« in Anführungszeichen. Steht nicht die Bedeutung des Wortes, sondern die vom Begriff gemeinte Sache im Blick, werden keine Anführungszeichen verwendet.

³ Der identische Ausdruck »Öffentlichkeit« suggeriert freilich das Gegenteil und ist dadurch Ursache vielfacher Unklarheiten.

⁴ Nicht alle politologischen Demokratietheorien lassen sich in gleicher Weise auf die Idee der Öffentlichkeit ein. Theorien, die von einem Pluralismus der Interessengruppen und dem entsprechenden bargaining zwischen den politischen Repräsentanten dieser Gruppen ausgehen, räumen der Öffentlichkeit keinen Ehrenplatz ein. »In der pluralistischen Tradition gilt die Öffentlichkeit als ein nicht sonderlich wichtiges Korrelat der Bürgerrechte« (S. Benhabib, Die gefährdete Öffentlichkeit, in: Transit. Europäische Revue 13 [97], 27).

⁵ Vgl. S. Müller-Doohm/K. Neumann-Braun, Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation – Bezugspunkte für die Aktualisierung der Medien- und Kommunikationssoziologie, in: dies. 1991 (Lit.), 7 ff. Im genannten Aufsatz weisen die Autoren u. a. darauf hin, dass M. WEBER bereits auf dem ersten Deutschen Soziologentag im Jahre 1910 auf die Notwendigkeit einer Soziologie der Massenmedien aufmerksam gemacht hat (vgl. ebd. 12 f.).

⁶ Freilich ist KANT längst nicht der einzige Philosoph des 18. und 19. Jh., der über die Öffentlichkeit ausführlich reflektiert; vgl. T. Liesegang 2004 (Lit.).

⁷ Im Folgenden stütze ich mich v. a. auf: J. Habermas 1992 (Lit.). HABERMAS' außerordentlich einflussreiche Studie von 1962 (Lit.), die sehr viel Kritik auf sich gezogen hat, wird in der Arbeit von 1992 in vielerlei Punkten revidiert, weiterentwickelt und präzisiert. Vgl. zur Rezeption von Strukturwandel der Öffentlichkeit auch HABERMAS' eigene Kommentare im Vorwort zur Neuauflage 1990 (Lit.), 11 ff.

⁸ J. Habermas 1992 (Lit.), 435 f.

⁹ Zum Gegensatz »aktiv/rezeptiv« vgl. den prägnanten kleinen Aufsatz: R. Dahrendorf 1974 (Lit.).

¹⁰ Hier grundlegend: L. Hölscher 1978 (Lit.).

¹¹ Ebd., 436.

¹² I. Kant 1971 (Lit.), 36.

¹³ L. Hölscher 1978 (Lit.), 413.

¹⁴ Die Grenzziehung zwischen dem »Öffentlichen« und dem »Privaten« ist ein sehr grundsätzliches Problem, das unter historischen, soziologischen wie auch unter normativ-rechtlichen Gesichtspunkten behandelt werden kann und muss. Zum Thema gehören dann sowohl Fragestellungen, die die moderne »Privatisierung« menschlichen (Rollen)Verhaltens bearbeiten (vgl. R. Sennett 1977 [Lit.]), wie Analysen, die die gesellschaftspolitische (also »öffentliche«) Bedeutung des »Privaten« und seiner Definition untersuchen; ein Aspekt, der v. a. in der feministischen Theorie sehr eindringlich verfolgt worden ist: »[...] Veränderungen des Geschlechterverhältnisses (greifen) nicht nur ins ökonomische System, sondern in den privaten Kernbereich des kleinfamilialen Binnenraumes ein. Daran zeigt sich, dass die Exklusion der Frauen für die politische Öffentlichkeit auch in dem Sinne konstitutiv gewesen ist, dass diese nicht nur kontingenterweise von Männern beherrscht wurde, sondern in ihrer Struktur und in ihrem Verhältnis zur Privatsphäre geschlechtsspezifisch bestimmt gewesen ist.« (J. Habermas 1990 [Lit.], 19). Dazu zitiert HABERMAS C. Pateman, The Fraternal Social Contract, in: J. Keane (Hg.), Civil Society and the State, London 1988, 105. Vgl. auch ders., The Sexual Contract, Cambridge (MA) 1988 und S. Benhabib/L. Nicholson, Politische Philosophie und die Frauenfrage, in: I. Fetscher/H. Münkler (Hgg.), Pipers Handbuch der Politischen Ideen, Bd. 5, München/Zürich 1987, 513 ff. Im vorliegenden Lexikonartikel können die zwei angesprochenen Folgeprobleme der Unterscheidung »öffentlich/privat« nicht weiter verfolgt werden.

¹⁵ L. Hölscher 1978 (Lit.), 438.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Dazu weiterführend (u. a.) O. Höffe (Hg.), Immanuel Kant, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, Berlin 1999; W. Kersting, Wohlgeordnete Freiheit. Immanuel Kants Rechts- und Staatsphilosophie, Frankfurt a. M. 1993, sowie I. Maus, Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Kant, Frankfurt a. M. 1992.

¹⁸ Vgl. Anm. 12.

¹⁹ I. Kant, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein [...] (1793), Akademie-Ausgabe Bd. 8, 278.

²⁰ Zur Grundtendenz der Kantischen Rechtsphilosophie, die Legitimität der Gesetzgebung von einer diskurstheoretisch begriffenen Idee der Volkssouveränität her zu entwickeln vgl. v. a. I. Maus (Anm. 17).

²¹ Vgl. F. Neidhardt 1994 (Lit.), 10.

²² Bzw. die erst im Licht dieser Erwartung erscheinende – und gemessen am Ideal stets defizitäre – soziale Realität »Öffentlichkeit«.

²³ Noch nicht so klar ist das beim frühen HABERMAS von 1962; der Einfluss der pessimistischen Zivilisationstheorie von HORKHEIMER/ADORNOS Dialektik der Aufklärung auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit ist deutlich spürbar.

²⁴ Zu J. DE MAISTRE vgl. I. Berlin, Joseph de Maistre und die Ursprünge des Faschismus, in: ders., Das krumme Holz

der Humanität. Kapitel der Ideengeschichte, Frankfurt a. M. 1992, 123 ff.; sowie: St. Holmes, Maistre und die Tradition des Antiliberalismus, in: ders. 1995 (Lit.), 35 f.

²⁵ Zu LE BON: S. Moscovici, Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über die Massenpsychologie, München 1984, 71 f.

²⁶ Vgl. M. Heidegger, Sein und Zeit, Tübingen 1927, §§ 25–27.

²⁷ C. Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München/Leipzig 1923.

²⁸ Einen guten Überblick über den öffentlichkeitskritischen Antiliberalismus liefert St. Holmes (Anm. 24).

²⁹ Vgl. St. Holmes (Anm. 24). Hinsichtlich der Stellung von L. STRAUSS im Rahmen der »Antiliberalen« kritisch vgl. H. Meier, Carl Schmitt, Leo Strauss und »Der Begriff des Politischen«. Zu einem Dialog unter Abwesenden, Stuttgart 1988.

³⁰ St. Holmes (Anm. 24), 47.

³¹ M. Castells 2005 (Lit.); H. L. Dreyfus 2002 (Lit.); L. Lessig 2001 (Lit.); R. Maresch/F. Rötzer 2001 (Lit.); E. Möller 2006 (Lit.).

³² Klassiker der Theorie der »öffentlichen Meinung« sind E. Fraenkel 1962 (Lit.); ders. 1964 (Lit.); sowie schon in den Zwanziger Jahren des letzten Jh.: F. Tönnies, Kritik der öffentlichen Meinung, Berlin 1922.

³³ Zum »System« der Massenmedien und dessen Operationsweise vgl. N. Luhmann 1996 (Lit.).

³⁴ F. Neidhardt 1994 (Lit.), 29.

Ordnung

- I. allgemein
- II. politisch

Ordnung: I. allgemein

1. Übersicht über Ordnungsbegriffe und Ordnungsverständnisse
2. Raum und Zeit als Grunddimensionen von Ordnung
3. Ordnungen in Natur und Gesellschaft, im objektiven und im absoluten Geist

1. »Ordnung«, so kann man mit ARISTOTELES sagen, ist ein *πολλαχῶς λεγόμενα*, d. i. *ein auf vielfache Weise Ausgesagtes*.¹ Wir sagen, der Begriff »Ordnung« hat vielfältige Bedeutungen, die jedoch weder zusammenhangslos nebeneinander stehen noch gar einander widersprechen, sondern einen gemeinsamen Kontext, eine »Familienähnlichkeit« besitzen. Entscheidend für ein bestimmtes Ordnungsverständnis ist in der Regel der Gegenbegriff

³⁵ H. P. Kriesi, Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit, in: F. Neidhardt 1994 (Lit.), 234 ff.

³⁶ Vgl. das in der amerikanischen Diskussion einflussreiche, öffentlichkeitskritische Buch von 1927 des berühmten Journalisten W. Lippmann 1993 (Lit.).

³⁷ J. Habermas 1992 (Lit.), 435 f.

³⁸ Ebd., 440.

³⁹ Ebd., 438.

⁴⁰ Vgl. dazu G. Kohler, Handeln und Rechtfertigen. Untersuchungen zur Struktur der praktischen Rationalität, Frankfurt a. M. 1988.

⁴¹ J. Habermas 1992 (Lit.), 441.

⁴² G. Kohler, Entschluss und Beschluss: Zum Begriff der rationalen Entscheidung (3. Zur »Wahrheitsempfindlichkeit« von Entschlüssen), in: J. Nida-Rümelin, Praktische Rationalität. Grundlagenprobleme und ethische Anwendungen des *rational choice* Paradigmas, Berlin/New York 1994, 109 ff.

⁴³ Hierzu sehr instruktiv F. Neidhardt 1994 (Lit.).

⁴⁴ Zum Begriff »neuer Strukturwandel« vgl. K. Imhof 2003 (Lit.).

⁴⁵ B. Peters 1994 (Lit.), 71.

⁴⁶ J. Habermas 1992 (Lit.), 449.

⁴⁷ Ebd., 446.

⁴⁸ O. Höffe, Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München 1999, 303 ff. (Globale Öffentlichkeit).